

Sharif zum Rücktritt gezwungen

Pakistans Regierungschef werden Korruptionsvorwürfe zum Verhängnis



Zum dritten Mal abgesetzt: Pakistans Regierungschef Nawaz Sharif.

FAISAL MAHMOOD / REUTERS

In einer überraschenden Entscheidung hat der Oberste Gerichtshof Pakistans den Regierungschef seines Amtes enthoben. Das Land wird einmal mehr faktisch zu einer Militärherrschaft.

BRITTA PETERSEN, DELHI

Pakistans Premierminister Nawaz Sharif muss zurücktreten. Das Oberste Gericht disqualifizierte ihn in einem einstimmigen Urteil davon, das höchste Staatsamt zu bekleiden, und ordnete eine weitere Untersuchung der gegen ihn erhobenen Korruptionsvorwürfe durch die Nationale Anti-Korruptions-Behörde an.

Damit endet nicht nur Nawaz Sharifs dritte Amtszeit ebenso unrühmlich wie die zwei vorhergehenden, sondern auch eine fast drei Jahre währende Kampagne gegen ihn, von der viele glauben, dass sie von Pakistans mächtigem Militär orches-

triert wurde. Da erst Mitte 2018 Neuwahlen anstehen, wird die regierende PML-N einen schwachen Interimspremierminister nominieren müssen, der nichts gegen die Armee entscheiden kann, die ohnehin schon die Aussen- und die Sicherheitspolitik dominiert. Dies macht Pakistan in einer Zeit, in der sich die geostrategische Situation in der Region dramatisch zugespitzt hat, zu einer De-facto-Militärherrschaft.

Andere Diebe noch immer frei

Chinas wachsende Grossmachtsprüche und das Interesse Pekings und Moskaus, in die Lücke zu springen, die der Rückzug der USA aus Afghanistan hinterlassen hat, bringen Chinas Verbündeten Pakistan erneut in eine Pole-Position im Ringen um die Vorherrschaft in Afghanistan. Eine Gelegenheit, die sich die Generäle nicht entgehen lassen wollen. Pakistans berühmte Menschenrechtsanwältin Asma Jahangir sagte denn auch am Freitag, das Urteil werfe

ein schlechtes Licht auf das Oberste Gericht und werde dieses «auf Jahre heimsuchen». Jahangir war einer der führenden Köpfe der Bewegung, die 2008 Militärdiktator Pervez Musharraf aus dem Amt gejagt hatte. Sie betonte, es gebe kaum einen Grund für das Gericht, «nur eine Familie anzugreifen», während «andere Diebe noch immer frei» seien.

In der Tat wurden in Pakistans wechselvoller Geschichte fast alle demokratisch gewählten Regierungschefs wegen Korruption aus dem Amt gedrängt, wenn sie der Armee unbequem wurden. Allen voran Nawaz Sharif selbst, der bereits 1993 und 1999 als Premierminister abgesetzt wurde und erst 2007 aus dem Exil in Saudiarabien nach Pakistan zurückkehrte.

Der einzige Premierminister, der bisher die komplette Amtszeit von fünf Jahren überstand, war Asif Ali Zardari (2009 bis 2013), der Witwer der ebenfalls vom Militär zwei Mal unter Korruptionsvorwürfen abgesetzten charismatischen Regierungschefin Benazir

Bhutto (1990 und 1999). Doch Zardari würden wohl noch nicht einmal seine Freunde als korruptionsfreien Politiker bezeichnen. Während der Regierungszeit seiner Frau, die Ende 2007 ermordet wurde, erwarb er sich bezeichnenderweise den Spitznamen «Mister 10 Prozent» in Anlehnung an die Bestechungsgelder, die er verlangte. Zardari verstand es jedoch, das geschwächte Militär geschickt in Schach zu halten und so der Demokratie in Pakistan zu einem kleinen Sieg zu verhelfen.

Bin Ladin als Streitfall

Unter Zardari als Regierungschef stand die Armee mit dem Rücken zur Wand, weil sie nicht erklären konnte, weshalb Al-Kaida-Chef Usama bin Ladin offenbar jahrelang unter den Augen der Generäle in der pakistanischen Militärbastion Abbottabad leben konnte, bevor er von den Amerikanern 2011 gezielt getötet wurde.

Seitdem haben die verschiedenen pakistanischen Militärschefs intensiv daran gearbeitet, das angeschlagene Image der Armee wiederherzustellen. Der Vertrauensverlust, den die Militärherrschaft von Pervez Musharraf (2001 bis 2008) mit sich brachte, hat im Hauptquartier Rawalpindi zu der Einsicht geführt, dass eine direkte Regierung durch die Generäle nicht mehr wünschenswert ist.

Seitdem gilt der Oppositionspolitiker und ehemalige Cricket-Star Imran Khan als politischer Favorit der Armee. In der Tat führt Khan, der als Sportler einst Millionen und viel Lob durch wohlthätige Aktivitäten verdient hat, eine massive Kampagne gegen Sharif, seitdem dieser 2013 wiedergewählt wurde. Zunächst warf er ihm Wahlbetrug, später Korruption vor. Nun haben die sogenannten «Panama-Papiere» ihm Schützenhilfe geleistet. Diese über die Internetplattform Wikileaks im vergangenen Jahr ans Licht gekommenen Dokumente belegen, dass die Familie Sharif über eine Kette von Offshore-Firmen weitaus mehr Immobilien in London besitzt, als durch ihr deklariertes Einkommen erklärbar ist.

Gleichgültig, was die weiteren Ermittlungen in dem Kriminalfall ergeben, der nun gegen Nawaz Sharif und seine Familie eingeleitet wird: Imran Khan und seine Partei Tehreek-e Insaf haben sich für die Wahlen im kommenden Jahr gut positioniert.

Ratlosigkeit nach Niederlage bei «Trumpcare»

Republikaner scheitern im Senat

ANN-DORIT BOY, WASHINGTON

Die Republikanische Partei hat in ihrem Feldzug gegen die Gesundheitsreform von Präsident Obama eine weitere blamable Niederlage erlitten. Auch die abgespeckte Variante des umstrittenen Entwurfs einer republikanischen Gesundheitsreform wurde in der Nacht zum Freitag von einer Mehrheit der Senatoren abgelehnt. Die entscheidende Stimme verweigerte überraschend der Republikaner John McCain aus Arizona; er schloss sich den beiden republikanischen Abweichlerinnen Lisa Murkowski und Susan Collins an, womit die Vorlage mit 51 Gegenstimmen scheiterte.

Nach Meinung von McCain hätte der als «dünne Aufhebung» von Obamacare bezeichnete Gesetzentwurf das wichtigste Ziel verfehlt, nämlich das marode Gesundheitssystem tatsächlich zu reformieren und allen Bürgern «erschwingliche und hochwertige medizinische Versorgung anzubieten». Der gescheiterte Vorschlag der Republikaner hätte die Zahl der Amerikaner ohne Krankenversicherung im kommenden Jahr um 15 Millionen im Vergleich zum Status quo erhöht, wie das Budgetbüro des Kongresses berechnete. Die Versicherungsprämien für die betroffenen Bürger, die selbst eine Krankenversicherung abschliessen und nicht über den Arbeitgeber versichert sind, wären demnach um 20 Prozent gestiegen.

Nach dem erneuten Scheitern einer Reform herrscht bei den Republikanern nun Ratlosigkeit. Mehrheitsführer Mitch McConnell zeigte sich enttäuscht und ratlos, wie es nun weitergehen könnte. Präsident Donald Trump warf den 3 Republikanern und den 48 Demokraten, die gegen den Entwurf stimmten, vor, sie hätten die Amerikaner im Stich gelassen. Der als unabhängiger Kopf bekannte Senator McCain forderte seine Kollegen nach der Abstimmung auf, «zur richtigen Art der Gesetzgebung zurückzukehren» und die Meinungen beider Parteien einzuholen. Der demokratische Minderheitsführer, Chuck Schumer, gestand ein, dass Obamacare reformbedürftig sei, und bot Hilfe bei der Ausarbeitung eines neuen Gesetzes an. Den Republikanern dürfte nach der peinlichen Niederlage nichts anderes als eine Kooperation übrig bleiben. Schon jetzt ziehen sich Versicherungsanbieter als Reaktion auf die gesetzgeberische Hängepartie vom Markt zurück, was die Prämien steigen lässt.

Moskau rächt sich für Russland-Sanktionen der USA

Eine grosse Zahl amerikanischer Diplomaten soll das Land verlassen

BENJAMIN TRIEBE, MOSKAU
MARIE-ASTRID LANGER

Die diplomatischen Spannungen zwischen den USA und Russland haben seit Donnerstagabend einen neuen Tiefpunkt erreicht. Der amerikanische Senat verabschiedete ein Gesetz, das im Ausland umstrittene neue Sanktionen vor allem gegen Russland, aber auch gegen Nordkorea und Iran erzwingt. Der Entscheid folgte in bemerkenswerter Einstimmigkeit mit 98 zu 2 Stimmen. Zuvor hatte die Vorlage bereits das Repräsentantenhaus mit 419 Ja- zu 3 Nein-Stimmen durchlaufen.

Die schärfere Gangart speziell gegenüber Russland wird mit der Einflussnahme auf die amerikanische Präsidentschaftswahl begründet. «Welchen Preis hat Russland in den vergangenen acht Monaten dafür gezahlt, dass es die amerikanischen Demokratie angegriffen hat?», fragte der Senator John McCain, ein bekannter Kritiker Russlands, – und antwortete selbst: «Einen sehr geringen. Dieses Gesetz würde das ändern.»

Die Reaktion aus Moskau liess nicht lange auf sich warten: Das russische Ausussenministerium teilte am Freitag mit,

aufgrund der «extremen Aggressivität» der Washingtoner Aussenpolitik müsse das amerikanische Personal in den diplomatischen Einrichtungen in Russland ab 1. September reduziert werden. Neu dürften nur noch 455 Mitarbeiter in der Botschaft und den Konsulaten tätig sein. Die Gesamtzahl gilt für Diplomaten wie auch für technisches Personal. Moskau behält sich eine weitere Reduktion vor.

Trump ohne echte Optionen

Vorerst ist der Entscheid des Kongresses noch nicht rechtskräftig, das Gesetz liegt nun bei Präsident Trump zur Unterschrift. Dieser ist bekanntlich kein Freund schärferer Russland-Sanktionen; er hat wiederholt unterstrichen, dass er nicht an eine russische Einflussnahme auf die Präsidentschaftswahl glaubt. Zudem bindet die Vorlage dem Präsidenten die Hände, sollte dieser eine Lockerung oder Abschaffung ökonomischer Straf-massnahmen gewähren wollen. Ohne Zustimmung des Kongresses wird das nicht mehr möglich sein.

Doch angesichts annähernder Einstimmigkeit zwischen Demokraten und Republikanern in beiden Kammern des

Kongresses steht Trump nun unter Zwang. De facto hat er keine Möglichkeit mehr, das Gesetz zu verhindern: Macht er Gebrauch von seinem Vetorecht, dürfte der Kongress dieses mit einer Zweidrittelmehrheit überstimmen. Ein Veto wäre auch nicht ratsam, weil ihm dieses als weiteres Zeichen der Sympathie gegenüber Putin ausgelegt würde und als Affront gegenüber seiner eigenen Partei. Trump hat also nur noch die Optionen, die Vorlage direkt zu unterzeichnen oder gar nichts zu unternehmen. Im letzteren Fall wird sie nach zehn Tagen automatisch rechtskräftig. Für Trump wäre das wohl die am wenigsten unangenehme Lösung, weil er so nicht Farbe bekennen müsste.

Wie viele Mitarbeiter in amerikanischen diplomatischen Einrichtungen in Russland derzeit tätig sind, liess sich zunächst nicht feststellen. Die Agentur Ria Nowosti schrieb, 200 bis 300 Personen seien von der Reduktion betroffen. Die Agentur Interfax berichtete, ebenfalls mit Verweis auf eine ungenannte Quelle, es gehe «um Hunderte, nicht um Dutzende», die das Land verlassen müssten. Es handle sich formal aber nicht um Landesverweise. Vielmehr schlage Moskau

die Reduktion der amerikanischen Seite nur vor. Aus der Mitteilung des Aussenministeriums wird aber auch der fehlende Spielraum ersichtlich. Der amerikanische Botschafter John Tefft sprach von einer grossen Enttäuschung.

Enttäuschung im Kreml

Die Zahl von 455 entspricht laut dem Aussenministerium der Zahl russischer Mitarbeiter, die in der Botschaft und den Konsulaten in den Vereinigten Staaten beschäftigt sind. Washington hatte unter Präsident Barack Obama im Dezember 35 russische Diplomaten ausgewiesen. Obama begründete dies mit den vom Kreml initiierten Cyberangriffen im Rahmen des amerikanischen Präsidentschaftswahlkampfes.

Ebenso untersagte Obama damals der russischen Botschaft die Nutzung mehrerer Gebäude an der Ostküste. Nun verbietet auch Moskau den USA ab 1. August die Nutzung von Lagerräumen und einer Datscha in Moskau. Unter den durch Obama gesperrten Gebäuden hatte sich ebenfalls ein Sommerhaus befunden, das laut amerikanischer Darstellung aber vom russischen Geheimdienst

genutzt wurde. Der Kreml hatte zu Jahresbeginn nicht offensiv auf diese neuen Sanktionen aus Washington reagiert – wahrscheinlich, um das Klima mit der noch jungen Administration von Präsident Donald Trump nicht zu belasten. Nur über die Schikanierung amerikanischer Diplomaten in Moskau wurde berichtet. Der Wunsch nach der Rückgabe der Liegenschaften in den USA tauchte stattdessen immer wieder als Gesprächsthema bei diplomatischen und politischen Kontakten auf.

Doch nicht nur ist diese Rückgabe jüngst in weite Ferne gerückt, vielmehr drohen nach dem Entscheid des amerikanischen Kongresses weitaus schwerwiegendere Sanktionen. Das Moskauer Aussenministerium beklagt, die Beziehungen zu Russland seien zu einer Geisel der amerikanischen Innenpolitik geworden. Sollte Washington tatsächlich von den neuen Sanktionsmöglichkeiten Gebrauch machen, ist Moskaus Reaktion vom Freitag wohl nur der Anfang gewesen. Von solch einem diplomatischen Schlagabtausch zu schwerwiegenden Strafen, die grossflächig der amerikanischen Wirtschaft schaden, ist es jedoch ein schwieriger Weg.